



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

betreffend starkes Hessen in Europa - Freiheit und mehr Chancen für mehr Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der europäische Einigungsprozess zu den großen politischen Leistungen des 20. Jahrhunderts gehört. Die Europäische Union ist Garant für Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand in Hessen, der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedsstaaten. Diese Funktion gilt es zu erhalten und auszubauen. Der eingeschlagene, europäische Reformkurs ist deswegen konsequent fortzusetzen, damit die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert, neue Arbeitsplätze geschaffen und so der Chancenkontinent Europa weiter gestärkt werden kann. Europa muss wettbewerbsfähiger aus der Krise herauskommen als es hineingegangen ist. Das Bundesland Hessen muss dabei im Wettbewerb mit den anderen Regionen Europas mithalten und seine zentrale Lage zu seinem Vorteil nutzen.

Von herausgehobener Bedeutung sind dabei unter anderem folgende Punkte:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich weiterhin für die Ansiedlung internationaler Organisationen in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet einzusetzen, damit Frankfurt den Weg zur "vierten Hauptstadt" Europas, neben Brüssel, Straßburg und Luxemburg, weitergehen kann.
2. Der Landtag stellt fest, dass das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA neue Chancen für Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum schaffen wird. Deshalb ist der Abbau von Handelshemmnissen zielführend. In den aktuell stattfindenden Verhandlungen müssen die europäischen Interessen intensiv vertreten werden. Dabei müssen sich die Verhandlungsführer auch entschieden für den effektiven Schutz der privaten Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie für den Spionageschutz von europäischen Unternehmen einsetzen und darauf hinwirken, dass das transatlantische Freihandelsabkommen mit einem transatlantischen Datenschutzabkommen verbunden wird.
3. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass die Ökodesign-Richtlinie abgeschafft wird, weil mündige Verbraucher selbst entscheiden können, welche Produkte sie verwenden möchten. Europäische Politik darf nicht in Hinterzimmern Regeln für Staubsauger oder Glühbirnen erfinden, sondern soll den Menschen das Leben erleichtern, statt es zu erschweren.
4. Der Landtag stellt fest, dass Europa mehr Wettbewerb im Strommarkt braucht. Ein europaweiter Energiebinnenmarkt ohne Grenzen, der ermöglicht, seinen Strom auch in anderen EU-Ländern einzukaufen, stärkt die Stromkunden und beendet das teure Chaos der deutschen Energiepolitik. Damit wird ein erheblicher Beitrag dazu geleistet, die Stromkosten für Familien und Unternehmen zu senken. Mit einem Mengensystem auf europäischer Ebene würde die Entwicklung erneuerbarer Energien nicht mehr über die hohen Garantiepreise des EEG gefördert, sondern über eine Verpflichtung von Energieversorgern, einen festgelegten Anteil regenerativer Energien anzubieten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 16. Mai 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch